



Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
Postfach 22 15 55 · 80505 München

Präsidentin des
Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München

Telefon
089 2306-3416

Telefax
089 2306-2835

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
53 – L 9325 – 1/520

Datum
9. Dezember 2019

**Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Klaus Adelt
vom 15.10.2019
betreffend Heimatstrategie – Sachstand Umsetzung**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Klaus Adelt vom 15. Oktober 2019 betreffend Heimatstrategie – Sachstand Umsetzung wird wie folgt beantwortet:

Die Behördenverlagerung ist als eine der fünf Säulen der Heimatstrategie ein zentrales Instrument aktiver Strukturpolitik in Bayern. Das von der Bayerischen Staatsregierung im Jahr 2015 beschlossene Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“ sieht bis 2025 die Verlagerung von 64 Behörden und staatlichen Einrichtungen mit 3.155 Personen, davon 2.225 Beamte/Tarifbeschäftigte und 930 Studierende, in alle Regierungsbezirke Bayerns vor. Um eine sozialverträgliche Gestaltung der Behördenverlagerungen zu gewährleisten, ist die Realisierung der Verlagerungen innerhalb eines Zeitraums von bis zu zehn Jahren vorgesehen. Nach derzeit verfügbarem Sachstand zum 30.06.2019 werden bis Ende 2020 (Halbzeit Realisierungsphase) voraussichtlich 51 Behörden und staatliche Einrichtungen mit mehr als 1.300 Personen den Dienstbetrieb aufnehmen. Das entspricht rund 80 Prozent der Projekte.

Frage 1.1:

Welche Verlagerungen von Behörden und staatlichen Einrichtungen gemäß Heimatstrategie wurden bis jetzt abgeschlossen (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, Einrichtung/Behörde, Standort, Beamte/Tarifbeschäftigte und Studierende angeben)?

Frage 1.2:

Inwieweit unterscheiden sich die Zahlen der geplanten Studien- und Arbeitsplätze von der ursprünglichen Zielmarke der Heimatstrategie?

Antwort zu Fragen 1.1. und 1.2:

Nach derzeit verfügbarem Sachstand zum 30.06.2019 zum „Konzept Regionalisierung von Verwaltung“ haben 9 Behörden und staatliche Einrichtungen mit 148 Arbeits- und 430 Studienplätzen den personellen Endausbau gemäß Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“ erreicht. Die Konzeptzahlen konnten im Rahmen der Umsetzung um 22 Arbeitsplätze übertroffen werden (bei der Aufstockung des Finanzamts Nördlingen).

Regierungsbezirk Oberfranken:

Zentrum Staatsbäder Bayern Bad Steben mit 4 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Unterfranken:

Aufstockung Finanzamt Lohr a.Main mit 13 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Mittelfranken:

Finanzcampus Ansbach mit 10 Arbeitsplätzen und 260 Studienplätzen, Außenstelle der Landesfinanzschule Bayern Dinkelsbühl mit 8 Arbeitsplätzen und 100 Studienplätzen.

Regierungsbezirk Oberpfalz:

Zentrum Bayern Familie und Soziales Kemnath mit 20 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Niederbayern:

Förderstützpunkt BayernLabo Grafenau mit 10 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Schwaben:

Bearbeitungsstelle des Finanzamts München Höchststadt a.d. Donau mit 57 Arbeitsplätzen, Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Finanzwesen Kaufbeuren mit 1 Arbeitsplatz und 70 Studienplätzen, Aufstockung Finanzamt Nördlingen mit 25 Arbeitsplätzen.

Frage 2.1:

Welche Verlagerungen können bis Ende 2019 nicht vollständig vollzogen werden (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, Einrichtung/Behörde, Standort, geplante Anzahl von Beamten/Tarifbeschäftigten und Studierenden angeben)?

Antwort:

Wie in der Einleitung dargestellt, beträgt der Realisierungszeitraum für die Behördenverlagerungen bis zu zehn Jahre. Nach derzeit verfügbarem Sachstand zum 30.06.2019 wird zur Halbzeit in rund 80 % der Projekte der Dienstbetrieb aufgenommen werden. Eine Umsetzung aller Projekte bis Ende 2019 ist weder geplant noch sinnvoll möglich. Nach dem Sachstand zum 30.06.2019 befinden sich daher noch 55 Behörden und staatliche Einrichtungen aus dem Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“ in der Umsetzungsphase:

Regierungsbezirk Oberfranken:

BayernLab Wunsiedel mit 5 Arbeitsplätzen, Kompetenzzentrum Förderprogramme der Landesanstalt für Landwirtschaft in Marktredwitz mit 60 Arbeitsplätzen, Geodaten-Gewinnung Bayern des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Hof mit 20 Arbeitsplätzen, Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Finanzwesen Kronach mit 15 Arbeitsplätzen und 200 Studienplätzen, Justizvollzugsanstalt Marktredwitz mit 186 Arbeitsplätzen, Bayerisches Naturflächenmanagement und Gesteinsammlung des Landesamts für Umwelt in Hof mit 15 Arbeitsplätzen, Förderstützpunkt LfA Förderbank Bayern Hof mit 10 Arbeitsplätzen, Grünes Zentrum Münchberg mit 15 Arbeitsplätzen, Hochschule für den öffentlichen

Dienst in Bayern, Fachbereich Rechtspflege Pegnitz mit 28 Arbeitsplätzen und 300 Studienplätzen, Kompetenzzentrum für Ernährung der Landesanstalt für Landwirtschaft in Kulmbach mit 20 Arbeitsplätzen, Kompetenzzentrum Strahlenschutz des Landesamt für Umwelt in Kulmbach mit 15 Arbeitsplätzen, Servicezentrum eGovernment BayernServer des Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Marktredwitz mit 25 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Unterfranken:

BayernLab Bad Neustadt a.d. Saale mit 5 Arbeitsplätzen, Technische Krebsregisterdaten- und Servicestelle des Krebsregisters Bayern Gemünden a. Main mit 16 Arbeitsplätzen, Außenstelle des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik Bad Neustadt a.d. Saale mit 15 Arbeitsplätzen, Bearbeitungsstelle des Finanzamts Nürnberg-Nord in Obernburg a.Main mit 30 Arbeitsplätzen, Bearbeitungsstelle des Finanzamts Nürnberg-Süd in Bad Königshofen i. Grabfeld mit 50 Arbeitsplätzen, Haus für Gesundheitsmanagement des Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Bad Kissingen mit 100 Arbeitsplätzen, Landesbaudirektion Bayern Ebern mit 100 Arbeitsplätzen, Staatsarchiv Würzburg in Kitzingen mit 17 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Mittelfranken:

Bayerisches Landesluftbildzentrum Neustadt a.d. Aisch mit 5 Arbeitsplätzen, BayernLab Neustadt a.d. Aisch mit 5 Arbeitsplätzen, Landesamt für Schule Gunzenhausen mit 106 Arbeitsplätzen, Außenstelle des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Prüfungsamt Gunzenhausen mit 17 Arbeitsplätzen, Servicezentrum BayernServer Neustadt a.d. Aisch mit 25 Arbeitsplätzen, Außenstelle des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege in Weißenburg i. Bay. mit 25 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Oberpfalz:

BayernLab Nabburg mit 5 Arbeitsplätzen, Aufstockung Finanzamtsaußenstelle Bad Kötzing mit 20 Arbeitsplätzen, Bearbeitungsstelle des Finanzamts Erlangen in Waldmünchen mit 21 Arbeitsplätzen, Digitale Landkarten

Bayern des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Windischeschenbach mit 60 Arbeitsplätzen, Geo-Datenbank Bayern des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Waldsassen mit 70 Arbeitsplätzen, Grundbuchamt München in Oberviechtach mit 20 Arbeitsplätzen, Institut für Frühpädagogik Amberg mit 34 Arbeitsplätzen, IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz Amberg mit 64 Arbeitsplätzen, Landesjugendamt, Zentrum Bayern Familie und Soziales Schwandorf mit 20 Arbeitsplätzen, Zentrale Reiseservicestelle Bayern des Landesamts für Finanzen in Vohenstrauß mit 40 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Niederbayern:

BayernLab Vilshofen mit 5 Arbeitsplätzen, Außenstelle des Staatlichen Bauamts Passau in Vilshofen mit 50 Arbeitsplätzen, Dienststelle der Autobahndirektion Südbayern in Deggendorf mit 160 Arbeitsplätzen, Grünes Zentrum Regen mit 30 Arbeitsplätzen, Landesamt für Steuern Zwiesel mit 100 Arbeitsplätzen, Staats- und Landesgrenzen Bayern des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Freyung mit 40 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Oberbayern:

BayernLab Traunstein mit 5 Arbeitsplätzen, Verwaltung der Königsschlösser, Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen in Garmisch-Partenkirchen mit 10 Arbeitsplätzen, BayernLab Eichstätt mit 5 Arbeitsplätzen, Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern in Mühldorf a.Inn mit 141 Arbeitsplätzen, Beschussamt Südbayern des Landesamts für Maß und Gewicht in Fürstenfeldbruck mit 10 Arbeitsplätzen, Eichamt München des Landesamts für Maß und Gewicht in Fürstenfeldbruck mit 22 Arbeitsplätzen, Hauptverwaltung des Landesamts für Maß und Gewicht in Bad Reichenhall mit 50 Arbeitsplätzen, Messtechnische Sonderprüfstelle des Landesamts für Maß und Gewicht in Mittenwald mit 10 Arbeitsplätzen.

Regierungsbezirk Schwaben:

BayernLab Kaufbeuren mit 5 Arbeitsplätzen, Abrechnungszentrum Bezüge Süd des Landesamts für Finanzen in Kaufbeuren mit 100 Arbeitsplätzen, Amt für Maßregelvollzug des Zentrums Bayern Familie und Soziales in

Nördlingen mit 20 Arbeitsplätzen, Aufstockung der Dienststelle der Autobahndirektion Südbayern in Kempten (Allgäu) mit 20 Arbeitsplätzen, Eingabestelle "Bayern Direkt" - Servicestelle der Bayerischen Staatsregierung in Kaufbeuren mit 10 Arbeitsplätzen.

Frage 2.2:

Aus welchen Gründen können diese Verlagerungen nicht vollständig vollzogen werden?

Antwort:

Ein besonderes Augenmerk der Staatsregierung liegt auf der sozialverträglichen Gestaltung der Verlagerungen. Es gibt keine Zwangsversetzungen an die Zielorte. Der Zeitplan sieht deshalb den Abschluss der Behördenverlagerungen in fünf bis zehn Jahren vor. Damit kann auch die natürliche Personalfuktuation genutzt werden. Der Aufbau der Behörden erfolgt überwiegend durch Berücksichtigung von Versetzungswünschen und Neueinstellungen vor Ort.

Zudem erfolgt die Umsetzung der Verlagerungen aufgrund der unterschiedlichen Projektkomplexitäten in bedarfsgerechten Umsetzungsschritten. Die Umsetzung lässt sich grundsätzlich in drei Kategorien unterteilen:

Sofort umsetzbare Projekte konnten bereits in den Jahren 2015 und 2016 gestartet werden. Der schnelle Fortschritt resultiert insbesondere aus der Einrichtung kleiner Einheiten oder der Aufstockung bereits vor Ort bestehender Einheiten sowie der schnellen Verfügbarkeit von entsprechenden Immobilien vor Ort, insbesondere Anmietungen als auch vorhandene staatseigene Räumlichkeiten. Projektbeispiele: Förderstützpunkt BayernLabo in Grafenau, Zentrum Staatsbäder in Bad Steben, Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Finanzwesen in Kaufbeuren.

Mittelfristig umsetzbare Projekte werden in den Jahren 2017 bis 2020 ihren Betrieb in den Zielorten aufnehmen. Hierzu zählen Verlagerungen, die in baulich zu verändernden Bestandsgebäuden oder Anmietungen untergebracht werden sollen. Der Personalaufbau erfolgt durch die stufenweise Verlagerung erster Einheiten. Mehr als die Hälfte dieser Projekte soll bereits bis Ende 2020 abgeschlossen sein. Projektbeispiele: Zentrum Bayern Familie und Soziales in Kemnath, Aufstockung Finanzamt in Lohr a.Main, Aufstockung Finanzamt in Nördlingen.

Langfristig umsetzbare Projekte werden 2021 - 2025 realisiert werden. Hierbei handelt es sich um große Verlagerungsprojekte, deren Unterbringung in zu errichtenden staatlichen Neubauten einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf für Plan- und Bauzeiten benötigt. Überwiegend handelt es sich hierbei um Komplettverlagerungen von Behörden, die auch teilweise spezielle Anforderungen an die Ausstattungen in technischer bzw. baufachlicher Hinsicht stellen. Projektbeispiele: Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz, Hochschule für den öffentlichen Dienst in Kronach, Landesamt für Maß und Gewicht in Bad Reichenhall.

Frage 3.1:

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mit ihrem Arbeitsplatz umgezogen (bitte aufgeschlüsselt nach Einrichtung/Behörde angeben)?

Frage 4.1:

Wie hoch belaufen sich die mit dem Umzug verbundenen Kosten (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, Einrichtung/Behörde und Standort angeben)?

Antwort zu Fragen 3.1 und 4.1:

Die Fragen 3.1 und 4.1 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wenn sich der Dienstort aus dienstlichen Gründen ändert, z. B. im Rahmen der Behördenverlagerung, ist der oder dem Bediensteten auf Antrag Umzugskostenvergütung gem. Art. 5 BayUKG zu gewähren. Im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts zur Evaluation der Behördenverlagerungen werden Möglichkeiten geprüft, inwieweit Erhebungen unter anderem hinsichtlich der Umzugskosten rechtlich möglich und aus verwaltungsökonomischen Gründen sinnvoll realisierbar sind.

Frage 3.2:

Wurde seitens der Beschäftigten Kritik an der Heimatstrategie geäußert?

Antwort:

Ein maßgeblicher Grund des Erfolgs der Behördenverlagerungen ist die Akzeptanz der Bediensteten. Ein besonderes Augenmerk der Staatsregierung liegt deshalb auf der sozialverträglichen Gestaltung der Verlagerungen. Es gibt keine Zwangsversetzungen an die neuen Zielstandorte. Der Zeitplan sieht den Abschluss der Behördenverlagerungen bis 2025 vor. Damit kann auch die natürliche Personalfluktuations genutzt werden, was zu einer hohen Mitarbeiterzufriedenheit beiträgt. Die Umsetzung der Behördenverlagerungen erfolgt im engen Austausch mit den Personalvertretungen.

Frage 4.2:

Sind gegenwärtig weitere Behördenverlagerungen oder Neugründungen staatlicher Einrichtungen im ländlichen Raum geplant?

Frage 4.3:

Falls ja, welche?

Antwort zu Fragen 4.2. und 4.3:

Die Bayerische Staatsregierung hat 2016 die nächste Stufe der Behördenverlagerung gestartet. Das Strukturkonzept „Chancen im ganzen Land“ sieht weitere strukturelle Impulse für die Regierungsbezirke Mittelfranken und Niederbayern vor:

Regierungsbezirk Mittelfranken:

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege in Nürnberg

Regierungsbezirk Niederbayern:

Trainingszentrum für alle Spezialeinheiten der Bayerischen Polizei in Freyung, Zentrum für angewandte, praxisorientierte Agrarforschung, Landesanstalt für Landwirtschaft Ruhstorf a.d.Rott, Aufstockung der Außenstelle des Landeskriminalamtes in Wegscheid.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Albert Füracker, MdL